

Pressemitteilung

„Lernen für den Frieden“

Mit meiner Unterschrift trete ich für eine Gesellschaft ein, die von Aufklärung, Argumentation und Solidarität bestimmt ist statt von der gewaltsamen Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Interessen.

- Ich fordere die Schulen und Hochschulen auf, ihrer Verantwortung für eine friedliche Gesellschaft gerecht zu werden. Die Selbstverpflichtung der Hochschulen auf zivile und friedliche Zwecke durch die Einführung von Zivilklauseln und Beschlüsse von Schulen gegen jegliche Kooperation mit dem Militär sind entscheidende Schritte dorthin.
- Die Landesregierungen fordere ich auf, die Schulen als zivile Einrichtungen zu erhalten und die politisch gewollte Beeinflussung der SchülerInnen und Lehrerinnen durch die Bundeswehr zu beenden. Kooperationsabkommen mit der Bundeswehr müssen ersatzlos gekündigt werden.
- Die zivile Ausrichtung der Hochschulen soll in den Landeshochschulgesetzen festgeschrieben werden. Der Abhängigkeit der Wissenschaft von privatwirtschaftlichen Geldgebern muss durch eine ausreichende öffentliche Finanzierung von Bildung und Wissenschaft entgegengewirkt werden. Forschungsvorhaben und Geldquellen müssen offengelegt werden.

Im Rahmen der Kundgebung zum Antikriegstag und der unmittelbar daran anschließenden Kundgebung #StopWatchingUs am 30. August 2013 in Karlsruhe (s. Berichte in Badische Neueste Nachrichten, Anlage) sind **140** Unterschriften für die Forderungen der Kampagne "Lernen für den Frieden" (Text nebenstehend) gesammelt worden.

Zu den UnterzeichnerInnen gehören alle fünf anwesenden BundestagskandidatInnen

- MdB Karin Binder (LINKE)
- Martin Bartsch (PIRATEN)
- MdB Sylvia Kotting-Uhl (GRÜNE)
- Parsa Marvi (SPD)
- Jörg Rupp (GRÜNE)
sowie
- MdL Alexander Salomon (GRÜNE) und
- Lüppo Cramer (Stadtrat KAL).

Nach aktuellem Stand sind bundesweit etwa **1500** Unterschriften gesammelt worden. Die Initiative und das Friedensbündnis Karlsruhe bitten darum, weitere Unterschriften zu sammeln.

Unterschriftenlisten können in der Webseite der Kampagne <http://lernenfuerdenfrieden.de/> herunter geladen werden. Dort wird auch über die Annahmestelle für die unterzeichneten Listen, Verwendungszweck und Abgabefrist informiert.

Mehr über die Bedeutung der Forderungen für das Karlsruher Institut für Technologie KIT und für die Landesregierung Baden-Württemberg in der Web-Dokumentation der Initiative www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf

Für die Initiative
Dr. Dietrich Schulze
dietrich.schulze@gmx.de

NEUESTE NACHRICHTEN

Montag, 2. September 2013

Badische Presse

68. Jahrgang · Nr. 203 · Ausgabe Karlsruhe

Montag, 2. September 2013

KARLSRUHE / SERVICE

Ausgabe Nr. 203 – Seite 24



PROTESTAKT am Platz der Grundrechte: Heike Pitschmann von der Gruppe „Occupy Karlsruhe“ verhüllt im Anschluss an eine Demonstration gegen Ausspähung durch Geheimdienste ein Schild der Platzinstallation.
Foto: Alábisio

Verhüllungsaktion als Protest gegen Ausspähung

250 Demonstranten ziehen zum Platz der Grundrechte

amf. Aufmerksame Blicke der Mitbürger hatten sich die Teilnehmer des Protestmarschs erhofft, aber gegen spähende Geheimdienste beim Surfen, Mailen und Chatten im Netz protestieren sie. Rund 250 Menschen beteiligten sich am Samstag unter dem Motto „Stop Watching Us“ (auf deutsch etwa: „Hört auf uns zu beobachten“) an einem Marsch durch die Innenstadt gegen die geheimdienstliche Überwachung des Internets. Ausgangspunkt war der Platz vor der Kirche St. Stephan, an dem sich die

anderen deutschen Städten, darunter Freiburg, Stuttgart, München, Köln, Hamburg und Berlin, ebenfalls viele Menschen durch die Straßen zogen. Am Platz der Grundrechte verhüllten die Karlsruher Demonstranten die 24 Texttafeln mit Plastikfolien und klebten darauf Zettel mit der Aufschrift „Jetzt nur noch Artikel 1-19 Grundgesetz: Grundrecht auf Sicherheit“. Das ist eine Anspielung auf Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU), der in der Debatte um das US-Überwachungspro-

gramm Prism von der „Sicherheit als Supergrundrecht“ gesprochen hatte. Reden hielten unter anderem die

Bündnis wendet sich gegen Online-Bespitzelung

versammelt hatten. Aufgerufen zu der Demonstration hatte ein Bündnis verschiedener Parteien und Organisationen. Neben Vertretern der SPD, der Grünen, der Linken und der Piraten waren auch Mitglieder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) an der Kundgebung beteiligt.

Die Demonstrationsteilnehmer marschierten durch die Erbprinzen- und Kaiserstraße zum Platz der Grundrechte. Einige riefen Parolen wie „Auch du wirst überwacht – bei Tag und in der Nacht“, „Freiheit statt Angst“ sowie das Demonstrationsslogan „Stop Watching Us“, unter dem zeitgleich in zahlreichen

Karlsruher Bundestagskandidaten Parva Marvi (SPD), Sylvia Kotting-Uhl (Grüne) und Martin Bartsch (Piraten) sowie Erik Wohlfeil (Piraten-Hochschulgruppe Karlsruhe), Kilian Kronimus (ÖDP) und Heike Pitschmann von der Protestbewegung „Occupy“ Karlsruhe. Unabhängig voneinander betonten die Redner „Empörung“ und „blankes Entsetzen“ angesichts der massiven Online-Bespitzelung deutscher Bürger. Wohlfeil fragte: „Wollen wir in einer Welt leben, in der jede Kommunikation überwacht und die persönliche Freiheit des Einzelnen eingeschränkt wird – nur aus Angst vor Terroranschlägen?“

„Wir brauchen Verhandlungen“

Demonstration zum Antikriegstag gegen Angriffspläne der USA auf Syrien

PS. Etwa 100 Demonstranten haben am Samstag bei einer Kundgebung zum gestrigen Internationalen Antikriegstag auf dem Friedrichsplatz Verhandlungen gefordert, um einen Krieg in Syrien zu verhindern. Der Antikriegstag findet jedes Jahr am 1. September statt, um an den Beginn des Zweiten Weltkriegs am 1. September 1939 mit dem Einmarsch Hitlers in Polen zu erinnern.

„Nein zum Krieg“ lautete das Motto der Veranstaltung, die durch die Situation in Syrien besondere Aktualität hatte. „Wir müssen die USA zur Aufgabe ihrer Angriffspläne bringen“, forderte Arno Neuber vom Friedensbündnis Karlsruhe, das die Kundgebung organisierte. Die derzeitigen Vorbereitungen seien eine Demonstration der Macht. Was die Friedensbewegung bewirken könne, zei-

ge sich in England, wo das Parlament eine Teilnahme an den amerikanischen Plänen untersagt habe, so Neuber. Auch die Parteien in Deutschland müssten sich klar gegen Einsätze der Bundeswehr in Kriegsgebieten wie Syrien einsetzen und eine Bereitstellung von Infrastruktur auf deutschem Boden verbieten. Auch im Wahlkampf müsse dazu klar Stellung bezogen werden. Wie Neuber forderte auch Martin Hinrichs vom europäischen Jugendnetzwerk gegen Atomwaffen, dass die Gespräche zwischen den USA und Russland wieder aufgenommen würden, um eine friedliche Lösung zu erwirken. „Wir brauchen keine Marschflugkörper, wir brauchen Verhandlungen“, lautete Hinrichs' Aufruf. Jede Stunde könnten „durch unbedachte und sinnlose Intervention“ Waffen zum Einsatz kommen, mahnte er.

Ein „Europa der Menschen statt der Konzerne“ forderte Lars Treusch vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). Europa, einst Friedensprojekt und Garant für Frieden und Wohlstand, sei in eine Schiefelage geraten. Das Misstrauen gegen die Nachbarn wachse und erzeuge Unmut gegenüber den Schwächeren. Aus der perspektivlosen Dimension in Ländern wie Griechenland und Spanien entstehe nur Hass und Gewalt.

Ulli Thiel vom Friedensbündnis Karlsruhe kündigte an, dass man sich am Tag nach dem Angriff der USA auf Syrien um 17 Uhr zu einer Demonstration in Karlsruhe treffen werde. Stattfinden werde dies auf dem Stephans- oder Friedrichsplatz.



GEGEN KRIEG und für eine Rückkehr an den Verhandlungstisch, um einen Krieg in Syrien zu verhindern, demonstrierten Menschen am Friedrichsplatz.
Foto: Alábisio